

CORONAZEIT

Es gibt keine zwei Meinungen mehr

Von MANFRED ROUHS | Noch am 30. Januar 2020 bezeichnete der öffentlich-rechtliche Bayerische Rundfunk Menschen als rechte Verschwörungstheoretiker, die eine große Pandemie auf Deutschland zurollen sahen. „Kein Verkehr mehr, Flugzeuge bleiben am Boden, Züge fahren nicht, quasi Generalstreik, die Wirtschaft erlahmt, Krise“ – so umschrieb der Sender das Horrorszenario der Aluhutträger und giftete: „Natürlich beteiligt sich auch der Asthmaanfall für Deutschland, kurz AfD, an der Paranoiaproduktion und rechte YouTuber kriegen sich vor lauter Endzeitpsychosen gar nicht mehr ein.“ Wer das nicht für möglich hält, [kann es sich hier selbst anhören](#).

Wenige Wochen später war das vermeintliche Hirngespinnst der „Verschwörer“ Alltag in Deutschland. Die Massenmedien vollzogen eine Kehrtwende um 180 Grad und bezeichnen seither nicht mehr jene als Verrückte, die ein Herunterfahrend es öffentlichen Lebens prognostizierten, sondern jeden, der am Sinn dieser Maßnahmen Zweifel äußert.

Zu den unabhängigen Stimmen im Internet, die sich weder kaufen noch betören noch einschüchtern lassen, gehört der Wirtschaftsjournalist Dirk Müller. Er stellt fest, dass es im

deutschen massenmedialen Betrieb seit Corona endgültig kein Meinungsspektrum mehr gibt: „Es gibt nur noch die Regierungmeinung – und Verschwörungstheoretiker!“

Ja, so einfach ist das! Wer sich an Demonstrationen gegen Regierungsmaßnahmen beteiligt, wird als geistiger Betreuungsfall abgestempelt und für verrückt erklärt. Ähnlich verfuhr die Propaganda der Sowjetdiktatur in der Schlussphase der UdSSR mit ihren Dissidenten.

Ein Gutes hat Corona: Der etablierte Propagandabetrieb entlarvt sich selbst. Dirk Müller vergleicht seine Sprecher mit Karl-Eduard von Schnitzler und bemerkt: „Man hört's, aber man nimmt es nicht mehr ernst.“



PI-NEWS-Autor [Manfred Rouhs](#), Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins [Signal für Deutschland e.V.](#), der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem [ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen](#) per Streaming.

Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt [Firmengründungen in Hong Kong](#).



Shutdown-Luftqualitätsdaten entlarven sinnlose Diesel-Fahrverbote

Im Zusammenhang mit dem Corona-Shutdown kam es in Deutschland zu einer drastischen Verkehrsreduktion von bis zu 70 Prozent. Laut Bundesumweltministerium sei die Stickstoffdioxidbelastung in deutschen Städten entsprechend deutlich zurückgegangen.

Es stützt sich bei dieser Einschätzung auf die Immissionsdaten der Europäischen Umweltagentur sowie Auswertungen für die Bundesländer Hessen und Niedersachsen. Dies ging aus der Antwort der Bundesregierung auf zwei schriftliche Einzelfragen des AfD-Bundestagsabgeordneten Marc Bernhard hervor.

Eine vollständige Auswertung exakt dieser Zahlen sämtlicher 99 deutschen Messstationen für die ersten vier Wochen vor und nach dem Shutdown ergab jedoch keinen korrelierenden Rückgang der Stickstoffdioxid-Werte ($22,92 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gegenüber $21,89 \mu\text{g}/\text{m}^3$) – sie stagnierten im bundesweiten Mittel nahezu unverändert.

Marc Bernhard, Mitglied im Umweltausschuss und Sprecher der baden-württembergischen Landesgruppe der AfD-Bundestagsfraktion, erklärt hierzu:

„Der anfängliche Verdacht aufgrund diverser Stichproben bei den Luftqualitätsdaten der ersten Wochen nach dem Shutdown hat sich inzwischen bestätigt: Eine vollständige Auswertung der Messwerte der europäischen Umweltagentur für die vier Wochen vor und nach dem Shutdown am 23.3.2020 durch mein Büro ergab eindeutig eine Stagnation der Stickstoffdioxid-Werte – trotz drastischem Verkehrsrückgang in Deutschland.

Das Bundesumweltministerium kennt offensichtlich die bundesweiten Zahlen nicht, auf die es sich selbst beruft oder will sie aufgrund ideologischer Scheuklappen nicht zur

Kenntnis nehmen. Die landesspezifischen Auswertungen für Hessen und Niedersachsen, auf die das Ministerium zusätzlich verweist und wo es während des Kontaktverbots tatsächlich zu einem Rückgang der Stickstoffdioxid-Werte gekommen ist, sind gerade nicht repräsentativ für den gesamtdeutschen Durchschnitt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Die somit völlig wirkungslosen und ökonomisch höchst schädlichen [Diesel-Fahrverbote](#), die offenkundig nicht auf Grund objektiver und belastbarer Daten verhängt wurden, erweisen sich als beispiellose Fehleinschätzung von deutschen Behörden und Gerichten. Sie müssen aus diesem Grund sofort und vollständig rückgängig gemacht werden. Der durch sie entstandene finanzielle Schaden bei Millionen Dieselbesitzern sowie der deutschen Automobilindustrie ist bereits gewaltig. Die aktuelle Krisensituation mit den zu befürchtenden ökonomischen Verwerfungen wäre eine Chance für die Regierung, endlich ihre wirtschafts- und arbeitsplatzfeindlichen grünideologischen Experimente zu stoppen. In der bevorstehenden Corona-Rezession darf unsere Volkswirtschaft nicht noch weiter zusätzlich belastet werden!“

[PI-NEWS hatte die Fortsetzung](#) der Diesel-Fahrverbote im grünen Stuttgart während der Coronazeit bereits Mitte März kritisiert...



Berlins Polizei: Mutig gegen Bürgerliche – feige gegen Antifa

Von MANFRED W. BLACK | Am Wochenende machte die Polizei Berlin wieder einmal negative Schlagzeilen. In der rot-rot-grün regierten Hauptstadt spielten sich auf dem Alexanderplatz Szenen ab, „wie wir sie aus DDR-Tagen kennen und nie wieder erleben zu müssen glaubten“ (Vera Lengsfeld).

[Wie PI-NEWS bereits berichtete](#), haben dort am Samstag Polizisten der Bereitschaftspolizei eine alte Weggefährtin von Lengsfeld, Angelika Barbe, festgenommen und wegtransportiert. Barbe gehörte zu den entschiedenen Oppositionellen in der DDR und dort zu den Gründern der „SDP“ (der späteren SPD) und ist heute eine engagierte Mitarbeiterin des „Bürgerbüro – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“.

Obwohl Barbe immer wieder – auch ob ihres frisch operierten Knies – gegen ihren forsch befohlenen Abtransport protestierte, kannten die Beamten kein Erbarmen gegenüber der zumindest in Berliner politischen Kreisen ziemlich bekannten Passantin, „die nicht so schnell laufen konnte, wie die Polizisten sie wegzerzten“ ([Vera Lengsfeld](#)).

Was hatte Angelika Barbe „verbrochen“? Sie stand – zusammen mit ihrem Ehemann und einer Freundin – eher am Rande des Alexanderplatzes und betrachtete, sozusagen als „teilnehmende Beobachterin“, eine Demonstration einer größeren Gruppe inmitten des Alexanderplatzes, die offenbar durchweg aus Anhängern der linken, militanten Antifa bestand. Die Polizeieinheiten auf dem Alex blieben gegenüber den Linksradikalen passiv, die sogar in Zeiten von „Corona“ mit offizieller Genehmigung demonstrieren durften und sich dabei allerdings zumindest in einigen Fällen demonstrativ nicht an

die „Corona-Abstands-Gebote“ zwischen Personen gehalten haben.

Polizei verfolgt Bürgerrechtler – und lässt linke Antifa-„Kämpfer“ laufen

Anders als bei Angelika Barbe ist die Berliner Polizei meist nicht so mutig, wenn es zum Beispiel in der skandalumwitterten Rigaer Straße in Berlin-Friedrichshain darum geht, sich gewalttätigen Antifa-„Demonstranten“ entgegenzustellen. Im Gegenteil: Wenn linke „Aktivisten“ immer wieder Steine, Flaschen und sogar Farbbomben auf Polizisten werfen, haben die Polizei-Einheitsführer zumeist große Hemmungen, konsequent gegen die Gewalt-Kriminellen vorzugehen.

Spätestens wenn die Gewalttäter sich in die anliegenden Häuser der linken Szene flüchten, bleiben die Einsatz-Gruppen der Bereitschaftspolizei oder Spezial-Einsatzkommandos (SEK) ganz einfach vor den Häusern stehen. Als ob es in Berlin die polizeiliche Rechtsnorm nicht gäbe, die im ganzen sonstigen Bundesgebiet besagt, dass Polizisten bei „Gefahr im Verzuge“ schwer kriminelle Personen unmittelbar möglichst so lange verfolgen sollen, bis die Täter dingfest gemacht worden sind.

Berlins neue Polizeipräsidentin behindert Arbeit der Polizei

Gibt es einen besonderen Grund dafür, dass die Berliner Polizei sich oft unübersehbar scheut, gegen linke „Kämpfer“ effektiv vorzugehen? Verantwortlich für diese Passivität ist neuerdings vor allem die neue Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik, die 2018 vom Berliner Innensenator Andreas Geisel (SPD) in ihr neues Amt gehievt wurde, obwohl sie der einzige „Polizeipräsident“ bundesweit ist, der nie zuvor im Polizeivollzugsdienst gearbeitet hat. Die Juristin wurde vom Innensenator offenbar vor allem deswegen bestellt, um eine noch „linkere“ – rot-rot-grüne – Sicherheitspolitik in der Hauptstadt durchzusetzen.

Tatsächlich formulierte die neu installierte Polizeipräsidentin bald nach ihrem Amtsantritt im Jahr 2019

eine Grundsatz-Verfügung, die man sich auch sprachlich auf der Zunge zergehen lassen muss. Diese schriftliche Anweisung ließ die Polizeipräsidentin an das Landeskriminalamt (LKA), die sechs bezirklichen Polizei-Direktionen sowie an die „Direktion Einsatz“ versenden. In dem Papier der Behördenleitung ist ein so genannter „Entscheidungsvorbehalt der Behördenleitung zum gewaltsamen Eindringen in linke Szeneobjekte“ nachzulesen. Was verbirgt sich hinter dieser sonderbaren Formulierung?

Slowik schreibt: Es könne zwar ebenfalls künftig notwendig sein, dass die Berliner Polizei auch „gegen den Willen der Nutzer“ Szeneobjekte der linken Szenerie betreten müsse. Aber: „Grundsätzlich ist vor dem gewaltsamen Eindringen in ein linkes Szeneobjekt der Sachverhalt zunächst der Behördenleitung zur Bewertung und Entscheidung auf dem Dienstweg vorzutragen.“

Das Berliner Boulevardblatt BZ erklärt die Direktive der „Präsidentin“

[Die Berliner Zeitung \(BZ\) hat das](#) Anordnungs-Papier „übersetzt“. Wird etwa ein Polizei-Streifenwagen mit Steinen beworfen und flüchten die Täter in die nahe gelegenen „Szene-Häuser“ der Linken, muss die Peterwagen-Besatzung „zunächst seinen Dienstgruppenleiter informieren, der mit der Direktionsleitung spricht, die wiederum die Polizeiführung informiert“. Also die oberste Polizeileitung. Dann, so schrieb die BZ, „wird die Situation abgewogen und beurteilt“ – die Täter dürften inzwischen allerdings „längst auf der Flucht über die Dächer sein“.

Slowik hat in ihrem internen Schreiben allerdings großzügig eine Einschränkung für ganz besondere Ausnahmefälle – in typisch schwerfälligem Behörden-Deutsch – formuliert: „Sollte bei Gefahr für Leib und Leben oder bei Verfolgung auf frischer Tat eine Eilbedürftigkeit für das gewaltsame Eindringen in eine Szeneobjekt bestehen, obliegt die Entscheidung einer durch die örtlich zuständige Direktionsleitung festgelegten

Dienstkraft des höheren Dienstes.“ Was und wo diese „Szeneobjekte“ in der Hauptstadt genau sind, geht aus der Weisung nicht hervor.

Fest steht jedoch: Nicht einmal „irgend ein“ Polizeiobererrat oder Polizeidirektor darf die Entscheidung treffen, dass Polizisten Kriminelle verfolgen sollen, wenn sie in linken „Szene-Objekten“ verschwinden. Anordnungsbefugt ist in Berlin vielmehr nur ein Beamter des Höheren Dienstes, der mindestens von der Direktion des Bezirkes (besser: von der Polizeipräsidentin selbst) bestimmt worden ist. Hier laufen also extrem schwerfällige, bürokratische Vorgänge ab, die von der „Präsidentin“ ganz bewusst eingebaut worden sind, um im Zweifelsfall Konflikte mit linken Kriminellen zu verhindern.

Was heißt das für die Polizei-Praxis? Wird beispielsweise eine ganze Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, deren Einheits-Chef üblicherweise ein Erster Polizeihauptkommissar (EPHK) ist, von einer großen Gruppe [Chaoten etwa in der Rigaer Straße angegriffen](#) und werden dabei sogar Beamte durch Wurfgeschosse schwer verletzt oder gar getötet, dürfen die offensichtlichen Täter nicht unmittelbar verfolgt werden, wenn sie davonrennen, um sich in den besagten Häusern der linken Gewaltszene zu verstecken.

Grund: Der Einheitsführer gehört ja als „EPHK“ dem gehobenen Polizeidienst an – und nicht dem (übergeordneten) Höheren Dienst. Folglich darf in Berlin der EHPK (übrigens der höchste Dienstgrad im gehobenen Dienst) nicht den Befehl an seine rund 100 Kollegen geben, die Gewalttäter in den „Szene-Häusern“ festzunehmen.

Opposition zeigt sich entsetzt über die Polizeipräsidentin

Über diese schriftliche Direktive der Polizeipräsidentin empörte sich die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus: AfD, CDU und FDP. Der FDP-Innenpolitiker Marcel Luthe etwa sagte: „Einmal mehr kapituliert der Senat vor Linksextremisten und

räumt diesen gegenüber anderen Verbrechern Sonderrechte zur gemütlichen Flucht ein.“

Auf Nachfrage erklärte Polizeisprecher Thilo Cablitz die neue Weisung seiner obersten Chefin mit großer Chuzpe so: „Frau Slowik hat mit der neuen Regelungslage Klarheit geschaffen und Unsicherheiten ausgeräumt, so dass wir schneller entscheiden, schneller handeln können.“

Georges Orwell („1984“) würde dazu freilich sagen – wenn er noch lebte –, dass in klassischer Art und Weise die Wahrheit selbst durch hohe Polizeibeamte schlicht auf den Kopf gestellt wird. Wie wird man wohl solche verlogenen obersten Weisungen jungen Polizeischülern erklären wollen, wenn sie für ihre spätere Tätigkeit an der Polizeischule oder in der Polizei-Akademie ausgebildet werden?



Die Deutschen in den Schuldturm

Von WOLFGANG HÜBNER | Es kommt in der modernen demokratischen Politik immer darauf an, für fragwürdige Vorgänge und Entscheidungen beim Massenpublikum zündende, lästige Zweifel hinwegschiebende Narrative zu finden. Einer der jüngsten dieser Begriffe ist der vom „Wiederaufbauplan“ für – je nachdem – Deutschland, EU. Europa oder die ganze Welt.

Besonders in Deutschland hat der Begriff einen ganz besonderen Klang, erinnert er doch an die inzwischen verklärten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und das „Wirtschaftswunder“. 1945 waren nicht nur das völlig zerbombte Hitler-Reich, sondern weite Teile Europas ein Wiederaufbauprojekt. Doch hat die Viruskrise zwar etliche Menschenleben zerstört, aber kein einziges Haus, keine einzige Fabrik und kein einziges Weizenfeld.

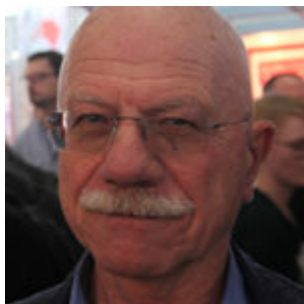
Wer also von einem „Wiederaufbauplan“ für die EU redet, gebraucht bewusst eine Schwindelvokabel. Das tun seit der wohl teuersten Videokonferenz aller Zeiten vom Montag sowohl Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch der französische Präsident Emmanuel Macron. Die beiden haben vereinbart, einen „Wiederaufbaufonds“ von nicht weniger als 500 Milliarden Euro in die Wege zu leiten. Da diese astronomische Summe nicht als rückzahlbare Kredite, sondern vielmehr als nichtrückzahlbare Zuschüsse an EU-Staaten vergeben werden sollen, haben die zuletzt noch von der Bundesregierung (angeblich) so verschmähten Eurofonds nun einen neuen Namen bekommen. Kurzum: Die Merkel-Regierung ist mal wieder umgefallen.

Darüber erneut zu klagen, ist eigentlich langweilig, weil es schon zu oft geschehen ist. Interessanter ist die Frage, woher die 500 Milliarden kommen sollen, wer sie bekommt und – vor allem – wer sie am Ende bezahlt, also erarbeitet. Nun, der „Wiederaufbaufond“ wird erst einmal mit Schulden finanziert, mit was auch sonst. Wie die 500 Milliarden dann in der EU verteilt werden, soll noch festgelegt werden, hier sind Streitereien und Konflikte geradezu programmiert. Außerdem steht noch keineswegs fest, ob Staaten wie die Niederlande oder Österreich bei diesem Abenteuer von Merkel/Macron überhaupt mitmachen.

Wer es am Ende hauptsächlich bezahlen und erarbeiten muss, ist aber klar: Die Deutschen. Denn kein anderes EU-Land kann oder will diese Last auf sich nehmen. Und unter ihnen sind es natürlich vorrangig die jüngeren Jahrgänge bis zu den FFF-

Hüpfern, deren Zukunft in einer Weise beschwert wird, von der die Generation Smartphone bis auf wenige Ausnahmen wegen kollektivem Desinteresse überhaupt keine Ahnung hat. Doch auch die nun in Rente oder Pension gehenden Babyboomer werden nicht ungeschoren davonkommen. Denn die gigantischen Schulden, die aus dem Virus-Crash führen sollen, können nur durch Inflationierung und Schuldentilgung beglichen werden, vielleicht aber auch nur durch einen noch viel größeren Crash.

Für viele Millionen Deutsche sind das aber nur Varianten ein und desselben Übels. Denn um die EU, Macron und auch die überdimensionale deutsche Exportwirtschaft zu retten, werden sie faktisch in den Schuldturm all der „Wiederaufbaupläne“ gesperrt. Und die Verantwortung dafür wird selbstverständlich das Virus haben, nicht aber die Politik oder ein in absurden Widersprüchen gefangenes, letztlich selbstzerstörerisches Schuldensystem, das mit sozialer Marktwirtschaft nicht mehr gemein hat als Echtgold mit Monopoly-Geld.



Hübner auf der Buchmesse 2017 in Frankfurt.

[PI](#)
[-](#)
[NE](#)
[WS](#)
[-](#)
[Au](#)
[to](#)
[r](#)
[Wo](#)
[lf](#)
[ga](#)
[ng](#)
[Hü](#)
[bn](#)
[er](#)
[sc](#)

hr
ei
bt
se
it
vi
el
en
Ja
hr
en
fü
r
di
es
en
Bl
og
,
vo
rn
eh
ml
ic
h
zu
de
n
Th
em
en
Li
nk
sf
as
ch
is

mu
s,
Is
la
mi
si
er
un
g
De
ut
sc
hl
an
ds
un
d
Me
in
un
gs
fr
ei
he
it
. De
r
la
ng
jä
hr
ig
e
St
ad
tv

er
or
dn
et
e
un
d
Fr
ak
ti
on
sv
or
si
tz
en
de
de
r
„B
ür
ge
r
fü
r
Fr
an
kf
ur
t“
(B
FF
)
le
gt
e
zu

m
En
de
de
s
Ok
to
be
rs
20
16
se
in
Ma
nd
at
im
Fr
an
kf
ur
te
r
Rö
me
r
ni
ed
er
. De
r
le
id
en
sc
ha

ft
li
ch
e
Ra
df
ah
re
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.



SPD und CDU wählen „Antikapitalistische Linke“ zur Verfassungsrichterin

Von SARAH GOLDMANN | Zwei Drittel der Stimmen des Landtages in Schwerin sind erforderlich, um Richterstellen im Landesverfassungsgericht von Mecklenburg-Vorpommern zu besetzen. Die haben SPD und CDU dort nicht. Aber mit einem Deal geht es. Die Stimmen der Linken wurden zugekauft, indem der Partei ebenfalls eine Stelle versprochen wurde.

Die SPD-Kandidatinnen Monika Köster-Flachsmeyer und Ulrike Lehmann-Wandschneider wurden an die Spitze des Landesverfassungsgerichts gewählt, dafür wählten SPD und CDU die Linksradikale Barbara Borchardt. [Die Altkaderkommunistin trat laut WELT](#) mit 20 Jahren 1976 in die SED ein und blieb ihr auch nach der Wende verbunden. Nicht nur organisatorisch, als Mitglied, sondern auch in ihren Überzeugungen blieb sie der Parteilinie treu: Bei einer Gedenkminute zum 50. Jahrestag des Mauerbaus 2011 erhob sie sich nicht von ihrem Stuhl und würdigte so die Mauerschützen und ihre geistigen Befehlsgeber und Brandstifter.

Kritische Anmerkungen musste sie vor ihrer Wahl zur Verfassungsrichterin nicht fürchten, wie die WELT schreibt, lediglich die AfD legte ihr nach eigenen Angaben kritische Fragen vor. Die anderen Parteien äußerten sich auch später auf Nachfragen der WELT – nicht.

Barbara Borchardt gehört zu der vom Verfassungsschutz beobachteten „Antikapitalistischen Linken“, und zwar als Mitbegründerin. Was für eine linksextremistische Bande sich unter diesem Titel versammelt, konnte man vor einigen Jahren auf einem ihrer Treffen vernehmen. Dort tat die Antikapitalistische Linke 2011 ganz unbeschwert ihr Rechtsverständnis kund.

Gesetze gelten für sie nur, wenn sie nicht ihrem Verständnis der Gesellschaft zuwiderlaufen. Sonst gelten sie nicht. Wörtlich die Abgeordnete Claudia Spatz ([im Video ab Minute 1:55](#)):

„Wenn es Gesetze gibt, die uns daran hindern, legitimen Protest zu verdeutlichen, dann stimmen diese Gesetze nicht. Dann müssen wir uns nicht an diese Gesetze halten.“

Und die vom Magazin FAKT als „Ex-Terroristin“ (??) benannte Inge Viet erläutert gleich im Anschluss, was man sich ganz praktisch darunter vorzustellen habe: „Konkret heißt das beispielsweise: Wenn Deutschland Krieg führt und als Antikriegsaktion Bundeswehrausrüstung abgefackelt wird, dann ist das eine legitime Aktion. [johlender Beifall der Linksfaschisten]“

Und Barbara Borchardt, eine überzeugte Vertreterin dieser extremistischen Parteilinie, wurde mit tatkräftiger Unterstützung von CDU und SPD zum Schaden des Landes in die Verfassungs-Justiz gebracht, wo sie den „legitimen Protest“ gegen unliebsame Personen und Parteien nun ungehindert ausleben kann. Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten.

Video: Linksextremismus-Experte Christian Jung zur Nominierung Borchardts



»Hyperinflation wie in der Weimarer Republik«

Von TORSTEN GROß | In der Corona-Krise legen die Regierungen immer neue schuldenfinanzierte Hilfspakete in astronomischer Höhe auf, um einen Absturz der Wirtschaft und Massenarbeitslosigkeit zu verhindern. Ein ehemaliger Ökonom der US-Großbank JPMorgan Chase, der über Insiderwissen verfügt und deshalb ungenannt bleiben möchte, warnt nun vor einer Hyperinflation, wie es sie zuletzt in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der Weimarer Republik gab.

1914 hatte die damalige Reichsregierung den bis dahin geltenden Goldstandard abgeschafft, um die Kosten des im gleichen Jahr ausgebrochenen Ersten Weltkriegs über die Druckerpresse finanzieren zu können. Die massive Ausweitung der Geldmenge, die über das Kriegsende hinaus fortgesetzt wurde, um die Reparationsforderungen der Siegermächte zu bedienen, führte gepaart mit kriegsbedingten Güterengpässen zu einem deutlichen Anstieg der Preise.

Die Inflation erreichte im Oktober 1923 mit 29.525 Prozent ihren Höhepunkt, bevor die Währungsreform im Monat darauf den Spuk beendete. Bis dahin waren die Einkommen und Sparguthaben von Millionen Bürgern bereits entwertet worden.

Ein Großteil der deutschen Mittelschicht fand sich in der Armut wieder, was den politischen Keim für den späteren Aufstieg der Nationalsozialisten legte. Gewinner waren

Besitzer von Sachwerten wie Gold und Immobilien, vor allem solche, die den Kauf von Häusern oder Grundbesitz mit Krediten finanziert hatten. Ihre Schulden lösten sich praktisch über Nacht in Wohlgefallen auf.

Das Szenario einer Hyperinflation droht nach Meinung des Analysten jetzt in den USA und damit auch im Rest der Welt.

Um die Folgen der damaligen Finanz- und Wirtschaftskrise zu bewältigen, läuteten die Notenbanken ab 2008 eine Phase extrem lockerer Geldpolitik ein, die bis heute andauert.

Niedrige Zinsen und massive Anleihenkäufe hätten eine Liquiditätsflut ausgelöst und Investoren veranlasst, wachsende Risiken an den Kapitalmärkten einzugehen, um Renditen zu erzielen. Die Folge seien immer neue Preisrekorde in allen Anlageklassen gewesen. Profitieren konnten vor allem Aktien und Immobilien, zuletzt aber auch Gold. Es habe sich eine Blase gebildet, die im Zuge der Corona-Pandemie platze, wobei das Virus aber nur der Auslöser sei. Die eigentlichen Ursachen seien »außer Kontrolle geratene Kreditratings, fremdfinanzierte Bilanzen, Aktienrückkäufe, eine expansive Geldpolitik und als Folge außer Kontrolle geratene Kredite und Schulden«.

Auch weitsichtige Experten in Deutschland wie [Dr. Markus Krall](#) und [Prof. Dr. Max Otte](#) weisen schon seit langem auf das Problem der äußerst fragilen Finanzmärkte hin. Und sie haben vor einem »[Schwarzen Schwan](#)« gewarnt, einem unerwarteten, folgenschweren Ereignis, der das Kartenhaus zum Einsturz bringen werde. Mit COVID-19 ist dieser »[Schwarze Schwan](#)« nun da!

Nach dem Platzen der Finanzmarktblase drohe eine Pleitewelle, die zunächst den Energiesektor treffen werde, so der frühere JPMorgan-Mitarbeiter. Gemeint ist hier vor allem die in den USA bedeutsame Öl- und Frackingindustrie, die unter den schon jetzt niedrigeren Ölpreisen enorm leidet und die wegen

sinkender Nachfrage in der Weltwirtschaftskrise weiter schrumpfen wird. Weil wegen der massiv steigenden Arbeitslosigkeit der private Konsum einbricht, der rund 70 Prozent zum amerikanischen Bruttoinlandsprodukt beiträgt, werden als Nächstes der Einzelhandel und das Gastgewerbe unter die Räder kommen.

Durch die wachsende Zahl von Konkursen und den damit verbundenen Kreditausfällen gerieten immer mehr Banken in existentielle Schwierigkeiten, darunter auch systemrelevante Geldhäuser. Die Politik stehe dann vor der Entscheidung, diese Finanzinstitute entweder untergehen zu lassen wie Lehmann Brothers anno 2008 oder mit Milliarden an Steuergeldern zu retten. Sie werde sich für die zweite Alternative entscheiden, um den totalen wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern und »die Arbeitslosen in Schach zu halten«, sprich die Gefahr von sozialen Unruhen zu bannen. Auch die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) werde mit massiven Wertpapierkäufen und einer neuen Liquiditätsschwemme dazu beitragen, eine große Pleitewelle in den USA abzuwenden.

Ihre Bilanzsumme soll deshalb bis Ende 2021 auf rund 12 Billionen Dollar steigen. Außerdem könnte es noch in diesem Jahr zu weiteren Zinssenkungen oder sogar Minuszinsen in den Vereinigten Staaten kommen, die US-Präsident Trump unter Hinweis auf die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bereits seit einiger Zeit vehement fordert.

Doch die Rettung von Banken und Wirtschaft mit Hilfe gigantischer Geldspritzen und Hilfspakete setze voraus, dass die amerikanische Notenbank ihr Ziel aufgibt, die Preissteigerung in den USA im Zaum zu halten.



»Die politischen Entscheidungsträger laufen den Ereignissen hinterher und haben offensichtlich aus den Jahren 2008/2009 nichts gelernt. Ihr letzter Ausweg ist das Drucken von Geld und die Schaffung weiterer Schulden. Wenn die Zentralbanken kein oder ein weichgespültes Inflationsziel haben, steuern wir auf eine Inflation im Stil der Weimarer Republik zu«,

warnt der frühere JPMorgan-Analyst. Dass die Geldschwemme im Gegensatz zur letzten Dekade nicht mehr nur die Vermögenspreise, sondern auch die Konsumgüterpreise nach oben treiben werde, liege an der gleichbleibenden oder sogar rückläufigen globalen Produktion und einem verlangsamten Welthandel. Das so verringerte Warenangebot treffe auf einen Geldumlauf, der durch verstärkte Hilfen für die notleidende Bevölkerung in Form von Sozialleistungen oder eines bedingungslosen Grundeinkommens vervielfacht werde.

Es sei deshalb nur eine Frage der Zeit, bis die Inflation außer Kontrolle gerate, was sehr plötzlich und unerwartet geschehen könne.

Der Experte geht ferner davon aus, dass die Politik das Mandat der amerikanischen Notenbank erweitern werde, damit die Fed künftig nicht mehr nur Unternehmensanleihen kaufen oder als Sicherheiten akzeptieren kann, sondern auch Aktien und Aktienfonds erwerben darf.



Krisenvorsorge: Warum jeder Haushalt BP-ER als Notvorrat haben sollte

Die Zentralbank hätte dann die Möglichkeit, durch den verstärkten Kauf von Wertpapieren die Vermögenspreise an den Finanzmärkten zu stabilisieren, was den Kapitalbesitzern zugutekäme.

Da sich die Notenbank aber nur sukzessive in den Markt einkaufen kann, dürfte es auf kurze Sicht zu einem nochmaligen Einbruch der Kurse kommen.

»Nichts hat sich grundlegend verbessert, mit Ausnahme der Notfall-Liquiditätsversorgung durch die Zentralbanken. Rechnen Sie mit einem neuen Absturz bis zum Jahresende – wobei die Tiefststände vom März erneut getestet werden – weil die Fed perfiderweise noch nicht genug Unternehmensanleihen/Aktien besitzt, um die Vermögenspreise zu kontrollieren!«

Anlegern empfiehlt der Ökonom, ihr Depot breit zu diversifizieren bzw. inflationsresistente Anlagen zu favorisieren, um ihr Vermögen in der kommenden Hyperinflation zu schützen. Der Experte geht im Übrigen davon aus, dass die Zentralbanken mittelfristig einen großen Teil der

sektorübergreifenden Unternehmensanleihen und Aktien besitzen werden. Das dürfte die Kurse dieser Wertpapiere in der Krise stabilisieren und einen Crash an den Finanzmärkten verhindern.

Bestellinformationen:

» Udo Ulfkotte: [Was Oma und Opa noch wussten](#), 233 Seiten, 7,99 Euro – [hier](#) bestellen!

» [BP-ER – 1 x 500g](#), Einzelpackung, 9 Riegel, 2375 kcal, 8,95 Euro – [hier](#) bestellen!

» [BP-ER – 24 x 500g](#), Gesamtkalorienzahl: 57.000 kcal, 209,00 Euro – [hier](#) bestellen!

(Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen).



Pastor Tschardtke in Corona-Predigt: „Verbrecherbande von Politikern“

Von EUGEN PRINZ | Viele Leser werden sich noch an Jakob Tschardtke, Pastor der Evangelischen Freikirche Riedlingen, erinnern. Im Jahr 2015 geißelte er in einer Predigt mit scharfen Worten die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin und wurde dadurch über Nacht bundesweit bekannt.

Nun, anlässlich der Corona-Krise, hat er erneut seine Stimme erhoben und im Rahmen eines Gottesdienstes eine Predigt mit dem Titel „Wie gehen wir als Christen mit dem Coronawahnsinn um?“ gehalten.

In ihr lieferte Tscharncke seiner Kirchengemeinde eine umfangreiche, leicht verständliche und fundierte Analyse der Corona-Krise und ihrer Folgen, die sich mit dem deckt, was der Verfasser bisher auf PI-NEWS veröffentlicht hat.

Für ein Mitglied der katholischen Kirche, wie dem Autor dieses Beitrags, ist diese Form von Predigt etwas ungewöhnlich, aber wesentlich erhellender als die Textbausteine der katholischen Priester. Daher ist es kein Wunder, wenn immer mehr Christen den beiden großen Amtskirchen den Rücken kehren und sich einer Freikirche anschließen.

Kein Druckmittel vorhanden

Jakob Tscharncke ist als Pastor einer Freikirche kaum angreifbar. Er wird nicht aus Steuermitteln bezahlt, hat keine Vorgesetzten und seine Predigten sind von der Religionsfreiheit gedeckt. Deshalb braucht er kein Blatt vor dem Mund zu nehmen und kann das verkünden, was er als Wahrheit erkennt.

Hier einige Zitate aus seiner Predigt:

„Wie brutal werden wir von den Herrschenden verarscht, man kann es nicht anders sagen“.

(Min. 34:00)

„(...) haben Merkel und Co., die Willkürherrschenden in Berlin, den irrsinnigen Lockdown verfügt“

(Min. 37:00)

„(...) Ohne jede sachliche Begründbarkeit wird unser Land und

werden zahllose Existenzen von den Herrschenden um Merkel, Spahn, Söder und Co. zugrunde gerichtet. Alles was hier an Schaden angerichtet wird, geht auf die Rechnung, auf die Verantwortung, dieser Leute.“

(Min. 38:00)

„Wenn ich das deutsche Volk wäre, (...) dann würde ich diese Verbrecherbande von Politikern, die das verbrochen haben, schleunigst dahin jagen, wo der Pfeffer wächst, oder noch besser, samt und sonders hinter Schloss und Riegel bringen, wo sie meines Erachtens hingehören.“

(Min. 38:20)

Und nun kommt das Beste, ein Rat, den wir uns alle zu Herzen nehmen sollten:

„Ich sage schon seit langem, liebe Geschwister, ganz großer Rat: Wenn ihr das Gegenteil dessen glaubt, was Politiker und Medien euch erzählen, dürftet ihr der Wahrheit näher kommen, als andersrum.“

(Min. 41:50)

Und abschließend noch die verstörende, aber durchaus richtige Voraussage:

„Ich wage die Prognose, heute Morgen sitzen hier wenige, die in ein- bis zwei Jahren nicht gemerkt haben, dass auch sie ganz brutal, vielleicht Existenz gefährdend, von diesen Entwicklungen betroffen sind.“

(Min. 1:02:00)

All diese Aussagen muss man vor dem Hintergrund sehen, dass sich Pastor Tschardtke als Christ der Wahrheit und als

Seelsorger seiner Gemeinde verpflichtet sieht. Tscharnтке trifft diese Aussagen sicherlich nicht leichtfertig.



Interview mit Pastor Tscharnтке

Pastor Tscharnтке hat sich freundlicherweise bereit erklärt, PI-NEWS ein Interview zu geben.

PI-NEWS: Herr Tscharnтке, gibt es in Ihrer Gemeinde Mitglieder, die aufgrund der Berichterstattung der Mainstream-Medien über das Coronavirus sehr verunsichert oder ängstlich sind? Wie haben diese auf Ihre Predigt „Wie gehen wir mit dem Corona-Wahnsinn um“ reagiert?

Pastor Tscharnтке: *Im Detail weiß ich das gar nicht so genau, da ich bedingt durch den Coronawahnsinn meine Gemeindeglieder die letzten Wochen so gut wie nicht gesehen habe. Insgesamt scheinen unsere Gemeindeglieder, gefestigt durch das Vertrauen auf den lebendigen Gott und eine Verkündigung, die hoffentlich hilfreiche Orientierung bietet, der Panikmache nicht ganz so aufgesessen zu sein wie manch andere Zeitgenossen. Ich erinnere mich an keine kritischen Stimmen bezüglich der Predigt über den Coronawahnsinn aus unserer Gemeinde. Wobei ich nicht ausschließen kann, daß auch in unserer Gemeinde einzelne sind, die lieber nicht durch klare Hinweise auf erschreckende Vorgänge in unserem Volk aus ihrer beschaulichen Befindlichkeit aufgeschreckt werden.*

PI-NEWS: Unsere Gesellschaft ist inzwischen leider – auch was Corona betrifft – gespalten. Jenen, die sich von dem Virus nicht einschüchtern lassen, schlägt nicht selten offene Ablehnung der Ängstlichen entgegen. Mussten Sie auch schon derartige Erfahrungen machen? Wie begegnen Sie dem?

Pastor Tscharnтке: *Dieser Spaltung unserer Gesellschaft begegne ich schon seit dem Zuwanderungswahnsinn, der im Jahr 2015 ja einen Höhepunkt anstrebte, bis tief in die*

christlichen Gemeinden hinein. Ich denke, es ist nicht nur die Ablehnung der „Ängstlichen“. Es ist eine extrem tiefe Spaltung zwischen denen, die der Volksverdummung durch Politik, Medien und Kirchen aufsitzen und deshalb die Politik der Herrschenden für gut und richtig halten und denen, welche begreifen, was hier wirklich abgeht. Ängstlichkeit spielt dann sicher mit eine Rolle. Der Mitmensch wird als möglicher Vireenträger als potentielle Bedrohung meiner Gesundheit und meines Lebens wahrgenommen. Ich persönlich nehme das als abgrundtief satanisches Geschehen wahr, wie hier Menschen regelrecht innerlich gegeneinander aufgehetzt und in Stellung gebracht werden. Begegnen kann ich dem vor allem durch Gebet und Information.

PI-NEWS: Gab es eine Reaktion seitens der Mainstream-Medien oder der Behörden auf Ihre Predigt, die auf YouTube schon weit über 100.000 Mal angeklickt wurde?

Pastor Tschardtke: *Die für mich bisher einzig wahrnehmbare Reaktion besteht in der fortlaufenden Löschung der Predigt auf YouTube. Nachdem ich heute bei YouTube Beschwerde gegen die gestrige Löschung eingelegt hatte, war die Predigt kurze Zeit später wieder für rund ein bis zwei Stunden verfügbar um dann erneut gelöscht zu werden. Auf dem anderen Kanal, auf dem die Predigt nach meinen Informationen bereits um die 160 000 Aufrufe hatte, ist es mittlerweile auch gelöscht. Mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und auch der freien christlichen Verkündigung scheint es im Land von Merkel und Co. nicht mehr weit her zu sein. Was der Meinung der Herrschenden nicht entspricht, wird zunehmend gnadenlos gelöscht.*

PI-NEWS: Wie sehen Sie diese Maßnahme?

Pastor Tschardtke: *Die Löschorgien halte ich persönlich für absolut totalitäre und vermutlich zutiefst grundgesetzwidrige Maßnahmen. Es kann und darf in einem demokratischen Rechtsstaat meines Erachtens solche Vorgänge nicht geben. Aber*

dieses System scheint mir spätestens seit dem Coronawahnsinn mehr oder weniger komplett außer Rand und Band geraten zu sein.

PI-NEWS: Haben Sie Empfehlungen an Ihre Gemeinde, wie man sich als Christ in einem Land verhalten soll, dessen Politik sich zunehmend gegen das eigene Staatsvolk richtet?

Pastor Tscharntke: *Unsere erste Aufgabe als Christen ist es, für unser Volk und Vaterland zu beten. Ich rate auch, für die Regierung zu beten. Im Blick auf die derzeit Herrschenden vor allem mit der Bitte des Vaterunsers: „und erlöse uns von dem Bösen“. Dann haben wir als Christen die wichtige Aufgabe, unser Volk zur Umkehr zum lebendigen Gott aufzurufen. Denn die derzeitigen Mißstände sehe ich unzweifelhaft als Gericht Gottes über ein gottlos gewordenes Volk. Ein Volk hat die Regierung, die es verdient. Dazu habe ich selbst schon im Herbst 2015 eine Gebetsinitiative gestartet, die ich auf der Seite unseres Netzwerks bibeltreuer Christen jede Woche aktualisiere. Wir können uns mit noch so vielen menschlich und politisch gut gemeinten und gut gemachten Aktionen um die Behebung der Mißstände bemühen. Solange unser Volk sich nicht wieder dem allmächtigen Gott und Vater unseres Herrn Jesus Christus zuwendet, wird es nicht unter seinem Segen leben und der Herrschaft des Bösen nicht entrinnen. Darauf hinzuweisen ist meine wichtigste Empfehlung auch an meine Gemeinde.*

PI-NEWS: Herr Tscharntke, herzlichen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

Anmerkung:

Wie im Interview bereits erwähnt, wurde das Video der Predigt von Pastor Jakob Tscharntke über 160.000 Mal angeklickt, bevor es YouTube wegen eines angeblichen Verstoßes gegen die Community-Richtlinien gelöscht hat. Da es auch von anderen Usern hochgeladen wurde, ist es derzeit wieder auf YouTube verfügbar, jedenfalls solange, bis der nächste Denunziant es

meldet. Wir haben hier am Ende des Beitrags zur Sicherheit noch eine Vimeo – Fassung eingebettet. Es kratzt uns also nicht, wenn YouTube das Beitragsvideo löschen sollte.

Diese Zensur-Plattform sollte aufpassen, dass aus den „YouTubern“ nicht irgendwann mal alle „Vimeos“ werden, wenn die Löscherei so weitergeht.



Eugen Prinz
auf dem Freie
Medien-
Kongress in
Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern. Der bürgerlich-konservative Fachbuchautor und Journalist schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für [PI-NEWS](#) und den Blog [zuwanderung.net](#). Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015.

»Telegram Kanal: Eugen Prinz DIREKT (t.me/epdirekt)

» [Twitter Account des Autors](#)

» [Spende an den Autor](#)